

Antimafia-Zertifikat →

## Unverständnis für den Entscheid des Bundesrats

Im Juni 2022 reichte der damalige Nationalrat Marco Romano ein Postulat betreffend Antimafia-Zertifikat ein, welches vom Bundesrat zunächst angenommen wurde, jedoch zwei Jahre später als unangebracht und als nicht notwendig erachtet abgelehnt wurde. Der italienischsprachige Redaktor von *police* fragte beim damaligen Postulanten nach.

Text/Interview: Edy Pironaci; Fotos: zvg

### Worum geht es?

- Das Antimafia-Zertifikat ist in Italien ein offizielles Dokument, das von den Präfekturen ausgestellt wird und das «Nichtvorhandensein» von Verbindungen zur organisierten Kriminalität einer Person oder eines Unternehmens bescheinigt.
- Dieses Zertifikat ist erforderlich, um die eigene Integrität und Vertrauenswürdigkeit nachzuweisen, beispielsweise bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen oder beim Erhalt öffentlicher Finanzierungen.
- Das Antimafia-Zertifikat ist im italienischen Gesetz DL 159/2011, bekannt als Antimafia-Code, geregelt, welches die Modalitäten für Antragstellung und Ausstellung festlegt.
- Es gibt zwei Arten von Zertifikaten: Eines für natürliche Personen, welches bescheinigt, dass die Person keine Vorstrafen oder Verbindungen zur Mafia hat sowie eines für juristische Personen, das bescheinigt, dass keine Hinweise auf Verbindungen zwischen dem Unternehmen und der organisierten Kriminalität bestehen.
- Das Zertifikat ist zeitlich begrenzt gültig, in der Regel sechs Monate. Diese Vorgehensweise ermöglicht es den zuständigen Behörden in Italien, Quervergleiche in Datenbanken und öffentlichen Registern vorzunehmen.
- Das Zertifikat hat einen hohen Stellenwert im Verhältnis zwischen Unternehmen und dem Staat in Italien und ist mit wenig Verwaltungsaufwand verbunden.



Marco Romano bei einer Rede anlässlich einer Sitzung des Nationalrats.

**A**ngesichts der Notwendigkeit, sich in der Schweiz gegen mafiose Infiltrationen zu schützen, sei es gemäss Postulant Marco Romano angebracht, die Einführung eines Antimafia-Zertifikats für italienische Firmen bei öffentlichen Ausschreibungen zu prüfen. Dieses offizielle Dokument biete einen hohen Mehrwert zum Schutz des schweizerischen Wirtschaftssystems und des öffentlichen Beschaffungswesens.

### Antwort des Bundesrats vom 6. Dezember 2024

Die Forderung eines Antimafia-Zertifikats für italienische Unternehmen, die in der Schweiz tätig werden wollen, würde das Prinzip der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung (zwischen Schweizer und italienischen Firmen) verletzen. Auch wenn es in der Angebotsprüfungsphase vor der Zuschlagserteilung als angemessen erachtet wird, stelle der Bundesrat fest, dass Unternehmen Schwierigkeiten hätten, ein solches Zertifikat zu beschaffen, da die Schweiz keinen Zugang zu italienischen Datenbanken hat. Bereits jetzt gebe es Sicherheitsprüfungen nach dem Informationssicherheitsgesetz (ISG) und bei negativem Ergebnis werde kein Zuschlag erteilt. Zudem werde das künftige Gesetz zur Transparenz juristischer Personen (in Beratung) das Recht auf Einsicht in ein Transparenzregister gewähren. Aus diesen Gründen sehe der Bundesrat keine Notwendigkeit, die Gesetzge-



bung anzupassen, um eine spezifische Beweislast für Anbieter und Subunternehmer mit Sitz in Italien einzuführen. Eine solche Verpflichtung wäre diskriminierend und würde deren Teilnahme erschweren, so der Bundesrat in seiner Antwort (Auszug/Zusammenfassung).

**police: Marco Romano, Sie sind seit fast zwei Jahren nicht mehr als aktiver Politiker auf nationaler Ebene tätig. Kürzlich wurden Sie stellvertretender Direktor und Verantwortlicher für Gesundheitspolitik bei prio.swiss. Zunächst frage ich Sie: Vermissen Sie die aktive Politik? Und beobachten Sie weiterhin aufmerksam Themen wie Justiz und Wirtschaft?**

Marco Romano: Ich vermisse die aktive Politik nicht. Es war eine wohlüberlegte Entscheidung, ein neues Lebenskapitel aufzuschlagen. Mit etwas über 40 Jahren, nach 12 Jahren im Bundesparlament, war es der richtige Zeitpunkt. Ich freue mich über die getroffenen Schritte, auch wenn sie gewisse Risiken mit sich brachten. Ich konnte mich weiterbilden, politische Mandate abschliessen, über neue Möglichkeiten nachdenken und habe mich einer neuen beruflichen Herausforderung gestellt. Auch geniesse ich mehr Zeit abends und an Wochenenden mit meinen Töchtern und meiner Frau. Die öffentliche Gesundheit ist ein komplexes, sich wandelndes Feld mit grossen Herausforderungen. Ich pendle zwischen Bern, dem Sitz des Verbands,

*«Um die organisierte und mafiöse Kriminalität zu bekämpfen, muss man handeln, nicht nur darüber reden.»*

und dem Tessin. Ich arbeite in einem inspirierenden Umfeld mit einem wertvollen Team und bringe meine Erfahrungen ein. Ich bleibe ein aufmerksamer Beobachter der politischen Entwicklungen, denn in der Schweiz sind wir durch die direkte Demokratie alle «aktive Bürger».

**Bestimmt haben Sie den Bundesratsbericht zur Umsetzung Ihres Postulats gelesen. Was war Ihre Reaktion auf die Entscheidung des Bundesrats? Besonders, da er selbst im August 2022 die Annahme vorgeschlagen hatte, welche am 30.09.2022 zunächst auch erfolgte.**

Ich bin eindeutig enttäuscht, aber nicht überrascht. Das globale Umfeld ist aktuell sehr komplex. Der Bundesrat will keine Spannungen mit Partnerländern erzeugen. Im konkreten Fall zeigt sich erneut eine «unschuldige» Oberflächlichkeit und Unbedachtheit. Es ist sehr beunruhigend. Wir wissen, wie weit verbreitet das Phänomen auch in der Schweiz ist. Ausländische Behörden fordern uns zum Handeln auf. Der Bundesrat untersucht zwar, aber schreitet nicht weiter. Es ist notwendig,

konkrete Schritte zur Bekämpfung der internationalen Mafia-Kriminalität zu unternehmen, das wird stets betont, aber im Handeln überwiegt eine besorgniserregende Vorsicht.

**Was ist Ihre Meinung zum Standpunkt des Bundesrats, das Antimafia-Zertifikat sei im Grunde unangebracht und unnötig?**

Diplomatische Argumente überwiegen und das Phänomen wird relativiert. Das Zertifikat ist in Italien problemlos in Gebrauch und bringt einen hohen Mehrwert. Es ist offensichtlich: Wenn es nicht verlangt wird, bleibt ein grosser Handlungsspielraum, um in die Schweiz zu gelangen. Öffentliche Aufträge, insbesondere im Infrastrukturbereich wie Bahn und Strasse, sind sehr attraktiv und lukrativ. Diplomaten sehen ein Diskriminie-

rungsrisiko. Pragmatiker erkennen, dass das Dokument in Italien gängige Praxis ist. Wer nichts zu verbergen hat, kann es auch in der Schweiz vorlegen. Es gibt sowohl Gelegenheit als auch Notwendigkeit.

**Der Eindruck vieler sicherheitspolitisch interessierter Leser ist, dass die politische Meinung oft weit von jener der Fachexperten entfernt ist. Sowohl die scheidende fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle, als auch ihre Nachfolgerin Eva Wildi-Cortés und Bundesanwalt Stefan Blättler haben in den Medien wiederholt auf die gefährliche Präsenz krimineller Organisationen in der Schweiz hingewiesen und mehr Mittel verlangt – personell wie auch effektivere Instrumente im Kampf gegen die Kriminalität. Was sagen Sie als ehemaliger Parlamentarier dazu?**

Wer mehr Mittel und Eingriffe fordert, hat auch die Möglichkeiten und Kanäle, diese zu erhalten. Ich will keine Resignation verbreiten, hoffe, es ist nur eine Frage der Zeit. Das Problem ist nicht nur politisch. Es ist eine gesellschaftliche und institutionelle Dynamik:

*«Ich hoffe, dass heutige Parlamentarier das Thema vertiefen und Vorschläge erarbeiten.»*

Es wird zum Handeln aufgerufen, aber erwartet, dass andere den ersten Schritt unternehmen. Die Bundesverwaltung, einschliesslich Polizei und Strafverfolgungsbehörden, darf nicht nur fordern, sondern muss auch handeln, die Politik einbeziehen und überzeugende Vorschläge einreichen.

**Was wären Ihrer Meinung nach die Argumente, die Politik und Fachleute im Bereich Sicherheit einander näherbringen könnten?**

Aus Italien kommen klare Aufforderungen, die Augen zu öffnen und zu handeln. Oft heisst es, es müsse erst etwas Schlimmes passieren. Ich glaube, dass im komplexen institutionellen System der Schweiz einerseits die Kantone konkrete Schritte unternehmen müssen und andererseits verschiedene Akteure vor Ort und auf politischer Ebene die Sache weiter vorantreiben müssen.

**Was hätten Sie als Parlamentarier in Bern angesichts dieser Entscheidung des Bundesrats getan?**

Mit Wenn und Aber ändert man die Welt. Fakt ist: Wer ausscheidet, übergibt die Verantwortung an die Gewählten. Ich hoffe, dass neue National- und Ständeräte das Thema vertiefen, Vorschläge erarbeiten und mit Fachleuten sowie den Menschen vor Ort den Dialog suchen. Jetzt ist die Zeit für konkrete Forderungen und Handlungen. ←

*Die Antworten zu den Interviewfragen repräsentieren die Meinung des Interviewten und widerspiegeln unter Umständen nicht die Meinung des VSPB.*



## Marco Romano

Marco Romano war von 2011 bis 2023 Nationalrat für die damalige CVP, heute «Die Mitte». Er war Mitglied der Staatspolitischen Kommission, die er 2022–2023 präsidierte, sowie der Sicherheits- und der Verkehrs- und Fernmeldekommission. Seine Tätigkeit in der Parlamentarischen Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen führte zur Zusammenarbeit mit dem VSPB. Neben seinem Bundesmandat war er von 2016 bis 2020 im Stadtrat von Mendrisio, zuvor von 2004 im Gemeinderat. Beruflich war er in der Beratung und als Direktor einer Stiftung für (Wieder-)Eingliederung tätig. Er war Mitglied und Präsident mehrerer gemeinnütziger Organisationen, u. a. der interprofessionellen Organisation für Schweizer Reben und Weine (2016–2024). Heute arbeitet er für den Krankenversicherungsverband prio.swiss als stellvertretender Direktor und Verantwortlicher für Gesundheitspolitik und Public Affairs.

*Antimafia-Zertifikat*

# Verpasste Chance im Kampf gegen die organisierte Kriminalität



## Kommentar

von Edy Pironaci

Die Entscheidung des Bundesrates, die Verpflichtung zur Vorlage eines Antimafia-Zertifikats für italienische Unternehmen, welche sich an öffentlichen Ausschreibungen in der Schweiz beteiligen, als «unangemessen und nicht notwendig» zu betrachten, wirft Fragen auf und lädt zu einer kritischen Betrachtung ein – insbesondere angesichts der zunehmend drängenden Herausforderungen im Bereich der Sicherheit und des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität.

Das Antimafia-Zertifikat, ein in Italien bewährtes Instrument, ist kein diskriminierender Akt, sondern eine präventive Massnahme zum Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. Es stellt eine wirksame Vorabkontrolle dar, die dazu dient, Personen und Unternehmen, welche in mafiöse Strukturen verwickelt sind, von öffentlichen Aufträgen – einem besonders anfälligen Bereich – auszuschliessen.

Der Bundesrat argumentiert, dass die Einführung einer solchen Verpflichtung gegen das Gebot der Gleichbehandlung verstossen würde. Doch dieses Prinzip darf nicht abstrakt und starr ausgelegt werden, ohne die realen spezifischen Risiken zu berücksichtigen. Es geht nicht darum, ehrliche italienische Unternehmen zu benachteiligen, sondern darum, ein zusätzliches Instrument zur Bekämpfung eines weitgehend bekannten und auch juristisch festgestellten transnationalen Phänomens einzusetzen. Gerade das Fehlen von Gegenseitigkeit – Italien verlangt im Rahmen der Zertifizierung auch Überprüfungen bei ausländischen Subjekten, einschliesslich Schweizer Personen und Firmen – unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Schweiz sich nicht naiv oder träge zeigt.

Zudem ist das Antimafia-Zertifikat ein präventives Schutzinstrument, das im Vorfeld ansetzt und das Risiko schwerwiegender Vorfälle reduziert, bevor sie das ohnehin überlastete repressive System zusätzlich belasten. Die Schweizer Behörden, insbesondere fedpol und die Bundesanwaltschaft, weisen seit Langem auf den chronischen Mangel an Ressourcen hin, um das enorme Arbeitsvolumen im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität zu bewältigen. Es liegt auf der Hand, dass eine stärkere Prävention mittel- bis langfristig zu weniger einzuleitenden und zu führenden Verfahren führen würde.

Letztlich wäre es ohnehin zu kurz gegriffen, die Pflicht zur Vorlage des Antimafia-Zertifikats ausschliesslich auf italienische Firmen zu beschränken. Das Risiko hängt nicht von der formalen Nationalität der Unternehmen ab, sondern von realen Verbindungen zu Personen oder Organisationen mit Bezug zur Mafia. Es wäre daher konsequent und wirksam, die Verpflichtung auch auf ausländische Unternehmen auszudehnen, die Beteiligungen italienischer Firmen oder Verwaltungsratsmitglieder mit italienischen Wurzeln aufweisen. Eine gezielte Massnahme, basierend auf objektiven Kriterien – und nicht auf ethnischen oder politischen.

Nicht zuletzt würden redlich handelnde Unternehmen – die zweifellos die Mehrheit der Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen darstellen – eine solche Massnahme begrüssen. Sie sind es aus Italien gewohnt, sich diesen Prüfungen zu unterziehen und würden es als positives Signal werten, dass auch die Schweiz das Risiko von mafiösen Infiltrationen bei öffentlichen Aufträgen einzudämmen versucht.

Letztlich spiegelt die Entscheidung des Bundesrates eine vielleicht übertriebene Vorsicht wider, die leicht in Untätigkeit münden könnte. In einer Zeit, in der mafiöse Organisationen zunehmend mit hoch entwickelten und grenzüberschreitenden Mitteln operieren, braucht es mehr institutionellen Mut: Vorbeugung ist Pflicht, nicht Kür.